

## **Beschluss des Landrats vom 28.09.2023**

Nr. 77

### **2. Zur Traktandenliste 2023** 2022/681; Protokoll: gs, mko

Wegen der Abwesenheit der Urheberinnen bzw. Urheber werden die Traktanden 20, 33, 37, 40, 41 und 64 abgesetzt, sagt Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte). Ausserdem schlägt er vor, Traktandum 14 – die Ausgabenbewilligung für BaselArea – vorzuziehen und zwischen den Traktanden 11 und 12 zu behandeln. Der Grund dafür ist, dass VGK-Präsidentin Lucia Mikeler Knaack in den Ferien ist und Vizepräsident Balz Stüchelberger das Geschäft vertritt; er ist aber nur am Vormittag anwesend. Damit das Geschäft heute beraten werden kann, sollte es also noch am Morgen behandelt werden.

://: Die Traktandenliste wird nach Absetzung der Traktanden 20, 33, 37, 40, 41 und 64 beschlossen.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Postulat 2023/519 von Tim Hagmann (GLP): Entlastungspaket von Krankenkassenprämien für Familien*

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat nehme den Vorstoss als dringlich entgegen.

**Andreas Dürr** (FDP) kann eigentlich zu allen drei Krankenkassenprämienverbilligungsvorstössen dasselbe sagen. Es ist jedes Jahr dasselbe: Die Prämien steigen, dann kommt ein Geschrei nach Krankenkassenprämienverbilligung, das ist richtig. Das kommt bei der Regierung auch an. Schon letztes Jahr kam derselbe Aufschrei, dieselbe Dringlichkeit. Es hiess, der Regierungsrat schaue das an, würde es in den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) aufnehmen, so dass es im Parlament abgeseget werden kann. Letztes Jahr wurde die Teuerung vollständig ausgeglichen. Andreas Dürr hat Vertrauen, dass der Regierungsrat, nach 2022, in diesem Jahr erneut dieses Vorgehen wählt. Und wenn das Thema im Jahr 2024 wiederkommt, wird man wieder danach verfahren. Vor dem Wahlkampf aber überhitzt aufzuschreien, ist nicht der richtige Weg für eine seriöse parlamentarische Arbeit.

**Tim Hagmann** (GLP) ist der Überzeugung, dass diese Vorlage dringlich sei und man dringlich darüber reden müsse. Es gibt ein prozentuales langjähriges Kostenwachstum. Man muss seit Corona niemandem mehr gross erklären, dass bei einem jährlichen prozentualen Wachstum die Kosten exponentiell ansteigen. Dann fährt man gegen die Wand. Man kann nun zwar argumentieren, dass die Prämienverbilligung eine reine Symptombekämpfung ist. Das ist korrekt. *[Der Landratspräsident bittet den Redner, zur Dringlichkeit zu sprechen.]* Der Grund für die Dringlichkeit ist, dass es jetzt drückt, wenn die Prämien auf den 1. Januar 2024 wieder erhöht werden. Deshalb muss man sich jetzt darüber unterhalten.

**Peter Riebli** (SVP) stimmt betreffend Dringlichkeit bei diesem und dem dritten Vorstoss Andreas Dürr zu. Der Regierungsrat ist am Thema daran, wie er das jedes Jahr getan hat, und wird zur Prämienhöhung die entsprechende Subventionierung bringen. Den folgenden Vorstoss seiner Fraktionskollegin Caroline Mall findet er hingegen a) originell und b) die Finanzierungsquelle unkonventionell. Caroline Mall führt nämlich bereits aus, wie man verbilligen soll und wo. In dem Fall bittet er, der Dringlichkeit stattzugeben.

**Marco Agostini** (Grüne) findet, Peter Riebli solle sich einmal fragen, weshalb der Regierungsrat die Dringlichkeit überhaupt gewähren möchte. Wenn er schon am Thema arbeiten würde, würde er

die Dringlichkeit ablehnen. Anscheinend aber möchte er sie – deshalb zustimmen. Hier lag Peter Riebli falsch.

://: Die Dringlichkeit wird mit 51 Ja- gegen 32 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt, da das Zweidrittelmehr nicht erreicht wurde.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Postulat 2023/520 von Caroline Mall (SVP): Bussengelder von 2023 vollumfänglich zu Gunsten der Prämienzahler des Kantons BL per 01.01.2024 ausrichten*

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat nehme den Vorstoss als dringlich entgegen.

**Roman Brunner** (SP) findet den Vorstoss originell. Es handelt sich aber um eine solch grundsätzliche Frage, dass sich das nicht dringlich bereits am Nachmittag beantworten lässt. Es gibt weder eine Frist, die für die Verwendung dieser Gelder abläuft, noch kann man einfach so beschliessen, dass das Geld auf diese Weise verwendet wird. Der Redner sieht deshalb keine Dringlichkeit geben.

**Caroline Mall** (SVP) hat absolut kein Verständnis, wenn für die SP die Krankenkassenprämie, nebst dem Klima, nicht auch dringlich ist. Man ist immer froh, wenn das Kässeli mit Bussengeldern etwas voll ist. Der Inhalt fliesst direkt in die Staatskasse. Ein Jugendlicher hatte sie letzthin doch tatsächlich gefragt, warum sich mit diesem Geld nicht etwas ganz Wichtiges finanzieren lasse. Und für diese junge Person ist die Krankenkasse das im Moment wichtigste Thema. Die Regierung möchte den Vorstoss ja als dringlich entgegennehmen. Und die SP lehnt sie ab, weil die Gelder zweckgebunden sein sollen. Sie sind eben nicht zweckgebunden! Man könnte ein paar Millionen... – *[Zur Dringlichkeit, ruft Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) die Rednerin auf.]* – die Dringlichkeit ist doch jetzt einfach gegeben. [Heiterkeit]

**Marco Agostini** (Grüne) ist für die Dringlichkeit. Er versteht nur nicht, warum Caroline Malls Partei vorher dagegen war. Das passt zu ihrem Stil – die Sachen der SVP sind dringlich, andere nicht. Das hatte man ja auch schon beim Energiegesetz gesehen. Die Grüne/EVP-Fraktion auf jeden Fall wird der Dringlichkeit zustimmen. Sie ist konzilient und versucht, entgegenzukommen.

**Balz Stückelberger** (FDP) erachtet es als dringlich, dass Caroline Mall der jungen Person sagt, dass wenn man etwas von der linken in die rechte Tasche verschiebe, man in beiden Taschen zusammen immer noch gleich viel hat. Die FDP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

://: Die Dringlichkeit wird mit 42 Ja- gegen 33 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt, da das Zweidrittelmehr nicht erreicht wurde.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Postulat 2023/521 von Adil Koller (SP): Krankenkassenprämien-Verbilligungen für 2024 anpassen*

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat nehme den Vorstoss als dringlich entgegen.

**Andreas Dürr** (FDP) möchte – weil der gedankliche Haltbarkeitswert im Rat relativ bescheiden sein könne – an das erinnern, was er vorhin bereits gesagt hatte. Nämlich, dass die Regierung das Thema aufnimmt und dass es sich um ein wirklich zentrales Problem handelt. Das ist der FDP ebenfalls klar. Sie ist nicht irgendwie betriebsblind, sondern kennt und versteht die Problematik. Das Thema wird aber nicht in einem dringlichen Postulat behandelt, sondern geht seinen Weg über den AFP. Der Regierungsrat wird es genauso machen, wie er es schon letztes Jahr gemacht

hatte. Und er wird es dieses Jahr machen, wie er es vermutlich auch im nächsten Jahr machen wird.

**Adil Koller** (SP) sagt, dass die Idee hinter der Dringlichkeit des Vorstosses und des Vorstosses überhaupt sei, eine saubere Auslegeordnung zu erhalten, damit das Parlament entsprechend saubere Anträge zum AFP formulieren könne. Es ist der SP bewusst, dass Toni Lauber an diesem Thema arbeitet. Es reicht aber nicht, dass er im Rahmen des AFP dem Parlament einen Antrag stellt, sondern es muss auch eine Möglichkeit geben, zusammen zu diskutieren, wie man die Prämienvverbilligung ausgestalten möchte. Dafür ist das Parlament auf eine saubere Datengrundlage angewiesen. Das Parlament selber ist keine Sozialversicherungsanstalt, wo Daten ins Excel eingeben und geschaut wird, was welche Massnahme bedeutet, wie hoch das Preisschild ist usw. Dafür braucht es dringend die Unterstützung des Regierungsrats. Und für diese Auslegeordnung ist das Postulat gedacht, damit man hier sauber diskutieren kann. Deshalb ist es schade, dass heute irgendwelche Chasperlithheater-Vorstösse eingereicht wurden, mit denen man sich gut brüsten und Lacher vom Parlament kassieren kann, während die Leute draussen – also unsere Wählerinnen und Wähler – langsam nicht mehr wissen, wie sie das alles jeden Monat bezahlen sollen. Und deshalb ist es absurd, wenn Peter Riebli nun nebst Sandra Strüby neu der zweite «Turner» aus Buckten ist. Mit seiner Argumentation hat er sich nämlich flexibel bis zum Geht-nicht-mehr gezeigt. Beim einen Vorstoss Ja, beim anderen Nein, bei unserem Ja, bei den anderen Nein – und dringlich ist nur die Umverteilung der Bussen, und nicht, das ganze Thema grundsätzlich anzuschauen. [*Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte): zur Dringlichkeit!*] Es ist schade, dass man das nicht als dringlich erachten möchte, um das Thema zusammen sauber diskutieren zu können.

**Roman Brunner** (SP) sagt, dass in diesem Fall durchaus Anlass zur Dringlichkeit bestehe. Wie der Landratspräsident bereits heute Morgen gesagt hat, läuft am 2. November die Frist zur Einreichung von Budget- und AFP-Anträgen ab. Deshalb ist es dringlich, den Vorstoss heute zu überweisen, damit der Landrat bis dahin über die entsprechenden Grundlagen verfügt, um den AFP-Prozess mitgestalten zu können.

**Saskia Schenker** (FDP) ist selber seit vielen Jahren Mitglied der Finanzkommission, wo sie auch schon mit Adil Koller zusammengearbeitet hatte. Er weiss, dass dort das Thema Prämienvverbilligung sehr ernst genommen wird. Die Finanzkommission arbeitet jedes Jahr an dieser Thematik; es ist jedes Jahr dringlich. Man muss immer schauen, dass es in den Aufgaben- und Finanzplan einfließt. Und genauso wird man es auch dieses Jahr machen und dort alle Fragen beantworten. Deshalb braucht es nicht jedes Jahr zusätzliche sogenannte dringliche Vorstösse. Zusätzlich wird es noch eine Gesamtauslegeordnung geben, die unter anderem die Beantwortung eines Vorstosses von Adil Koller beinhaltet. Dabei werden aber nicht nur die einzelnen Jahresprämienvverbilligungen oder -erhöhungen angeschaut, sondern das ganze System der Prämienvverbilligungen im Kanton Basel-Landschaft. Die Verwaltung wird somit die Grundlagen erarbeiten und der Kommission zur Verfügung stellen.

://: Die Dringlichkeit wird mit 53 Ja- gegen 32 Nein-Stimmen abgelehnt, da das Zweidrittelmehr nicht erreicht wurde.

– *Zur Frage der Dringlichkeit: Interpellation 2023/522 der FDP-Fraktion: Feierlichkeiten zu Ehren des Nationalratspräsidenten*

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat nehme den Vorstoss als dringlich entgegen.

://: Die Interpellation wird stillschweigend dringlich erklärt.

